

// PRESSEINFORMATION //

Frühkindliche Bildung braucht verlässliche Finanzierung.

GEW fordert kommunale Spitzen und die Landesregierung unverzüglich zum Handeln auf.

Aus Sicht der GEW Rheinland-Pfalz ist das Scheitern der Verhandlungen zwischen kommunalen Spitzen und den Vertretungen der freien Träger eine Katastrophe für die rheinland-pfälzische Kita-Landschaft. „Wenn die kommunalen Spitzen behaupten, deswegen müsse keine Kita schließen, ist das die völlige Missachtung der Realität! Schon jetzt haben freie Träger angekündigt sich aus der Trägerschaft zurück zu ziehen“, äußert sich Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz, zu den Auswirkungen des Scheiterns. „Die Kolleginnen und Kollegen der Kitas im Land brauchen dringend sichere und stabile Verhältnisse in den Einrichtungen. Sie sind an allen Ecken und Enden überlastet und müssen nun darum bangen ob ihre Arbeitsplätze wie gewohnt beibehalten werden können.“ so Hammer weiter. Laut GEW haben die kommunalen Spitzen mit dem Scheitern der Verhandlungen die Chance vertan zu stabilen Verhältnissen der frühkindlichen Bildung im Land beizutragen. Man lasse die freien Träger und ihr Personal sowie die Familien im Regen stehen betont die Gewerkschaft.

Kathrin Gröning, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Rheinland-Pfalz meint dazu: „Das Platzen der Verhandlungen zwischen kommunalen Spitzen und den Vertretungen der freien Träger war absehbar.“ Schon mit dem Inkrafttreten des neuen KiTa-Gesetzes hatte die GEW prognostiziert, dass die fehlenden Finanzierungsregelungen die Einrichtungen der freien Träger bedrohen.

Gröning fordert: „Die Landesregierung kann sich jetzt nicht weiter aus der Verantwortung nehmen und muss handeln. Es braucht dringend Änderungen am KiTa-Gesetz, mit verbindlichen Regelungen zur Kita-Finanzierung. Die GEW steht an der Seite der Beschäftigten, die unverzüglich Planungssicherheit für ihre Arbeitsplätze brauchen!“

Mainz, 29.03.2023

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter: <http://www.gew-rlp.de>